

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/25

Bonn, den 6. Februar 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Das Dilemma der CDU

49

Von Dr. Hans Apel, MdB,  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

2

Beachtliche Wende

52

Zukunftsbezogene Strukturpolitik im Zonenrand

3

Positiv und nützlich

43

Zu den Budapest-Gesprächen des SPD-Bundes-  
geschäftsführers Hans-Jürgen Wischniewski

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Urlaub für Landfrauen nur im Wochenbett?  
Bundesminister Käthe Strobel kündigte auf dem  
Landfrauentag in Berlin Initiativen für  
bessere Krankenversicherung und Alterssicherung an

Wieviele Frauen gibt's im höheren Bundesdienst?  
Weibliche Bundestagsabgeordnete wollen es mit  
einer kleinen Anfrage ergründen

Neue Aufgaben für Schulpsychologen:  
Das Land Berlin will mit gutem Beispiel vorangehen

## Das Dilemma der CDU

-----

Von Dr. Hans Apel, MdB,

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn ich mit meinen persönlichen Freunden unter den CDU-Abgeordneten spreche, so stelle ich immer wieder tiefgehende Verstimmungen fest. Sie fühlen sich von der Bundesregierung und den sie tragenden Fraktionen ungerecht, ja schlecht, behandelt. Sie werfen mir und anderen ihnen gegenüber überzogene Polemik und Demagogie vor.

In der dann folgenden Diskussion können sie allerdings nicht umhin, zuzugeben, daß auch sie recht nett "hinlängen" können. So gesehen sind die Stoltenbergs und Apels, die Rasners und Wienands, die von Brangels und Wischnewskis allesamt keine Kinder von Traurigkeit.

Das Dilemma der CDU-Abgeordneten liegt viel tiefer. Sie werden noch nicht mit ihrem neuen Status fertig. Sie fassen es noch als eine persönliche Kränkung auf, daß ihre politischen Wünsche und Forderungen - individuell wie als Fraktion - nur zum Teil völlig, oft aber überhaupt nicht oder nur partiell in den politischen Prozeß der Willensbildung der Bundesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen Eingang finden. Sie haben noch nicht ihre neue Rolle verstanden und sehen sich im Stillen immer noch als die Staatspartei, deren Wille direkt wirksam werden sollte.

Es ist der CDU auch noch nicht gelungen, Aufgabe und Spielraum der staatstragenden Opposition in einem demokratischen Staat voll zu erfassen. Die totale Opposition in allen Fragen der Politik kann es nicht geben. Außenpolitische Daten, finanzielle Grenzen, soziologische Tatbestände setzen Wegweiser in der Politik sowohl für die Parlamentsmehrheit wie für die Opposition. Wenn die CDU die totale Opposition versucht, von der Höhe der Kriegsoffiziersrenten über das Wohngeld, die Bezahlung im öffentlichen Dienst und das Demonstrationsstrafrecht bis hin zur Außenpolitik, dann muß sie sich eben Fragen gefallen lassen, wie sie das bezahlen wolle, warum sie das nicht während ihrer Regierungszeit verwirklicht habe, und wie sie das politisch durchsetzen wolle?

Die Sozialdemokraten hatten sich in den vierziger und fünfziger Jahren in einem oft schmerzhaften Lernprozeß zu einer sehr wirksamen Opposition entwickelt und den Begriff gewisser Gemeinsamkeiten geprägt. Nur so läßt sich in der notwendigen Reform überalterter Strukturen die kontinuierliche Entwicklung der Demokratie sichern, und wird aus der Perspektive des Wählers das "Ja" zu einem demokratischen Machtwechsel erleichtert. Nur so wird eine Konzentration auf wesentliche Reformaufgaben möglich und die Arbeit der Opposition wirksamer und sichtbarer.

Unübersehbar ist das Dilemma der Opposition in der Deutschland- und Ostpolitik. Sie sieht sich der Tatsache gegenüber, daß unsere westlichen Alliierten unsere Politik voll billigen, daß wir unsere feste Verankerung in der westlichen Allianz verstärken, daß wir beharrlich und illusionslos den Dialog mit dem Osten suchen. Über einzelne Facetten dieser Politik mag man diskutieren. Eine Alternative zu dieser Politik gibt es aber nicht. Wer das versucht, weicht entweder in hohle Phrasologie und Begriffs-Klitterung aus oder rückt politisch in die Nähe der reaktionären Rechten. Die CDU ist in dieser doppelten Gefahr. Sie mag damit unserer Ost- und Deutschlandpolitik schaden. Sicherlich schadet sie sich damit aber selbst.

## Beachtliche Wende

-----

### Zukunftsbezogene Strukturpolitik im Zonenrand

Kr - Für die unter den wirtschaftlichen Auswirkungen der Zonen-  
grenze besonders leidenden Bundesländer zeichnen sich gute Aussichten  
ab, das Ostwest-Gefälle zu überwinden und den Anschluß an das übrige  
Bundesgebiet zu gewinnen. Nach den Zielen des Bundeswirtschaftsministe-  
riums sollen in einem Zeitraum von vier Jahren rd. 80.000 neue Arbeits-  
plätze allein in den Aktionsräumen "Nordwestniedersachsen" und "Ost-  
bayerisches Zonenrand- und Ausbaugebiet" geschaffen werden.

Die "Strukturpolitik in Aktionsräumen", wie sie Bundeswirtschafts-  
minister Professor Schiller konzipierte, war die notwendige Folge einer  
wenig zukunftssträchtigen Zonenrandpolitik früherer Bundesregierungen.  
Statt alle finanziellen Hilfsmittel, insbesondere in Bundesländern, die  
noch zusätzlich unter dem agrarwirtschaftlichen Schrumpfungsprozeß leide-  
den, auf die verhältnismäßig wenigen expansiven Industrieschwerpunkte  
zu konzentrieren, wurden Förderungsmaßnahmen nach dem "Gießkannensystem"  
eingeleitet. Erst seitdem Bund, Länder und Kommunen im Zonenrand an  
einem Strick ziehen und die Hilfen auf strukturell förderungswürdige  
Aktionsräume konzentriert werden, zeichnet sich eine beachtliche Wende  
ab.

Eigentlich erst ab 1968 brach in Bundesländern entlang der Zonen-  
grenze eine Zeit mit realen Wachstumsraten an. Teilweise konnte der Ab-  
stand gegenüber dem Durchschnitt des Bundesgebiets verringert werden.  
Das gilt insbesondere für Niedersachsen, dessen nordwestlicher Aktions-  
raum allein 50.000 neue Arbeitsplätze bis 1973 erhalten soll, und zwar  
je zur Hälfte im produzierenden und im tertiären Bereich. Ein eigenes  
Aktionsprogramm sieht außerdem die Schaffung weiterer 35.000 Arbeits-  
plätze in Niedersachsen im gleichen Zeitraum vor. Beide Programme wur-  
den bereits mit 45,5 Millionen DM Bundesmittelgefördert. Die Landes-  
regierung in Hannover steigerte ihre Mittel für die Wirtschaftsförderung  
und Industrieansiedlung von 14 Millionen DM 1966 auf rd. 79 Millionen  
DM 1970.

Wie die niedersächsische Landesregierung mitteilte, konnten 1969  
immerhin 90 Industriebetriebe durch öffentliche Förderung in dem Bundes-  
land, in dem gut ein Drittel aller Bewohner im - hier 560 km langen -  
Zonenrandgebiet leben, neuangesiedelt werden. Dank gezielter Förderungs-  
politik konnten 140 weitere Industrieunternehmen in Niedersachsen ihre  
Produktionen ausweiten. Das hierfür erforderliche Produktionsvolumen  
belief sich auf rd. 1,3 Milliarden DM. Erfolg: rund 21.000 neue Arbeit-  
plätze. Besonders erfolgreich war das Umstrukturierungsprogramm, das die  
niedersächsische Landesregierung 1969 für Bergbaugebiete im Zonenrand,  
z.B. in Helmstedt, Peine, Salzgitter und Northeim, eingeleitet hat. Mit  
diesem Sonderprogramm gelang es, 24 neue Betriebe anzusiedeln und in 42  
weiteren Unternehmen die Produktion zu vergrößern. Erfolg: 12.000 Ar-  
beitsplätze.

Die Bundesländer an der Zonengrenze sind sich indes der Tatsache  
bewußt, daß der wirtschaftliche und soziale Schrumpfungsprozeß als Fol-  
ge der Teilung Deutschlands zu lange andauerte, um ihn von heute auf morgen  
überwinden zu können. Das günstige Investitionsklima weiter zu nutzen,  
um den Abstand gegenüber anderen Bundesländern aufholen zu können, ist  
deshalb das erklärte Ziel, zumal die Früchte der gezielten Struktur-  
politik erst in einigen Jahren zu ernten sein werden. Eindeutig zu  
resümieren ist jedoch, daß das Zonenrandgebiet aufholte, seitdem in  
denn ein neues strukturpolitisches Konzept erarbeitet worden ist.

Positiv und nützlich  
-----

Zu den Budapest-Gesprächen des SPD-Bundesgeschäftsführers  
Hans-Jürgen Wischniewski

sp - Gespräche zwischen führenden deutschen Sozialdemokraten und Repräsentanten kommunistischer Parteien in- und außerhalb des Ostblocks entbehren heute des Sensationellen. Sie haben nichts Geheimnisvolles mehr an sich. Sie sollten also zu den Selbstverständlichkeiten des heutigen politischen Getriebes zählen. Als vor über zwei Jahren deutsche Sozialdemokraten auf deren Wunsch in einen Gedankenaustausch mit der Führung der italienischen kommunistischen Partei, der zweitstärksten Partei auf der Apenninenhalbinsel eintraten, knüpften sich daran noch phantastische Kombinationen. Sie alle verloren sich im luftleeren Raum. Übrig blieb die einleuchtende Erkenntnis, daß eine große Partei, wie die deutsche Sozialdemokratie, einfach ihre Pflicht als führende politische Kraft der Bundesrepublik vernachlässigen würde, wenn sie Faktoren mißachtete, die im heutigen Europa Gewicht und Bedeutung haben und an denen niemand vorbeigehen kann, der eine auf eine friedliche Zukunft bezogene Politik betreiben will. Das beinhaltet keine Verwischung ideologischer Grenzen; zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten wird es nie Gemeinsamkeiten in Grundauffassungen geben, wie unsere Gesellschaft gerecht und freiheitlich geordnet sein soll.

Die Gespräche Hans-Jürgen Wischniewskis, des Bundesgeschäftsführers der SPD, mit führenden Repräsentanten der kommunistischen Partei Ungarns bezogen sich deshalb nicht auf die Erörterung der Qualitäten dieser oder jener Gesellschaftsordnung. Da kann keiner den anderen überzeugen. Wohl aber ist es wichtig, von einander mehr zu wissen, und in einer Welt voller Gefahren doch nach Wurzeln von gemeinsamen Bestreben zu suchen; das erfordert Offenheit, Klarheit und Redlichkeit. Der ungarische Außenminister János Peters sprach in einem vielbeachteten Interview den Satz: "Alle hätten ohne Unterschied, wo sie stehen, eine gemeinsame Verantwortung, die Verantwortung, den Frieden in Europa und in der Welt miteinander zu sichern".

Nur in einem offen geführten Gespräch werden Absichten, politischer Wille, aber auch Befürchtungen sichtbar. Der Wert dieser viele Stunden beanspruchenden Budapester Begegnungen zwischen Wischniewski und Mitgliedern des Zentralkomitees der ungarischen KP liegt darin, daß den Gesprächspartnern die Deutschland- und Europapolitik der SPD verständlich gemacht werden konnte; auch die der neuen Bundesregierung - freilich nicht von allen Kommunisten - unterschobene Absicht, sie wolle mit ihrer neuen Deutschland- und Ostpolitik das sozialistische Lager durcheinanderbringen oder auseinanderdividieren, erfuhr bei dieser Gelegenheit eine Korrektur. Es kann und wird keine Gespräche hinter dem Rücken Moskaus geben.

Worauf es doch heute ankommt, ist die Bekundung des Willens der von Brandt und Scheel geführten Bundesregierung, an einer europäischen Friedensordnung mitzuwirken, die allen Staaten Europas die Gewißheit gibt, darin sicherer leben zu können. Die Gespräche Wischniewskis in Budapest mögen hier vielleicht manche Nebelwand zerstreut haben. Darin liegt ihr Gewicht. Sie dienten der gegenseitigen besseren Unterrichtung. Es hat schon etwas zu bedeuten, wenn beide Gesprächspartner ihre Gespräche als positiv und nützlich bezeichneten. Sie dürften zu gegebener Zeit weitergeführt werden.